

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 186 (2020)

Heft: 5

Artikel: Die zehn Gebote der Sicherheitspolitik

Autor: Schilling, Walter

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-880760>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die zehn Gebote der Sicherheitspolitik

Wer es unternimmt, in der aktuellen Sicherheitspolitik der Regierungen führender westlicher Länder nach einem realitätsnahen Leitfadens für das eigene Handeln zu suchen, wird in der Regel enttäuscht. Fast durchwegs wird man bei dieser Suche zum Ergebnis kommen, dass eine sachlich korrekte Orientierung fehlt und zahlreiche sicherheitspolitische Entscheidungen ad hoc getroffen werden.

Walter Schilling

Dieses Phänomen fällt mit Blick auf die deutsche Sicherheitspolitik besonders auf, es lässt sich aber auch bei anderen westlichen Ländern beobachten. So hielt die Vorgehensweise der westlichen Führungsmacht USA in der internationalen Politik nicht erst seit dem Beginn der Präsidentschaft von Donald Trump für erfahrene Analysten manche Überraschung bereit. Schon die gravierende Fehleinschätzung der Rolle des politischen Islam in der Nahost-Politik von US-Präsident Barack Obama und dessen Drängen auf den Abschluss eines höchst fragwürdigen Atomabkommens mit dem Mullah-Regime im Iran belegen, wie sehr es in westlichen Staatskanzleien an sorgfältiger und realitätsnaher Analyse mangelt. Das Vorgehen der US-Regierung im Konflikt mit Russland um die politische Ausrichtung der Ukraine und die Annexion der Halb-

die US-Regierung nichts. Die Kündigung wichtiger Verträge zur Rüstungskontrolle durch die USA brachte sicherheitspolitisch keinen Nutzen. Und dem entschlossenen militärischen Engagement Moskaus in Syrien hatte Washington wenig entgegenzusetzen. Lediglich gegenüber dem aggressiven Ausgreifen des Mullah-Regimes im Iran im gesamten Nahen Osten und dessen feindseliges Handeln gegen Israel setzte Trump neue Massstäbe, die sich an der Realität orientieren.

Münchener Sicherheitskonferenz

Die Schwierigkeiten westlicher Länder, zu sinnvollem sicherheitspolitischem Handeln zu finden, sind nicht zuletzt in den Reden und Diskussionen der 56. Münchener Sicherheitskonferenz Mitte Februar 2020 deutlich geworden. Schon die Eröffnungsrede des deutschen Bundespräsidenten enthielt eine Reihe von Passagen, die nicht die Realität im internationalen System widerspiegeln. So behauptete er, dass die USA unter der Ägide von Trump der «Idee einer internationalen Gemeinschaft eine Absage erteilt» hätte und sich weitgehend «aus wichtigen Regionen zurückziehe». Richtig wäre vielmehr, dass die derzeitige Führung der westlichen Weltmacht die «nationalen Interessen» der USA und die Rolle des «Multilateralismus» anders definiert als ihre Vorgänger und sie ihre Bündnispartner, vor allem in Europa, zu einer fairen Lastenteilung auffordert. Zwar ist diese Forderung nicht grundsätzlich neu. Entsprechende Debatten gab es im westlichen Bündnis schon in den frühen 70er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts. Nun aber richtet die US-Administration in Washington ihre Sicherheitspolitik sehr viel stringenter an dieser Prämisse aus und duldet nicht länger die bequeme Attitüde des Trittbrettfahrens mancher Bündnispartner. Auch die Klage des deutschen

Bundespräsidenten, wonach «uns der Rückzug ins Nationale in eine Sackgasse führe», geht an der Wirklichkeit des internationalen Systems und der internationalen Politik vorbei. Die Nationalstaaten sind und bleiben die bestimmenden Handlungseinheiten der Politik. Die Sicherheitspolitik ist dabei keine Ausnahme. Der Bundesrepublik Deutschland wird letztlich keine andere Wahl bleiben, als sich in diese Welt einzufügen. In diesem Zusammenhang wird es nicht

«Von den führenden Politikern sollte man erwarten, dass sie ihre Entscheidungen nach bestem Wissen auf der Grundlage sachlich fundierter Analysen treffen.»

ausreichen, die angeblich «bedeutende Rolle Europas» in vielen Reden zu betonen, vom hohen moralischen Standpunkt aus Ratschläge zu erteilen, Regierungen anderer Länder zu kritisieren und die eigene Regierung zu grösserem Engagement in der internationalen Sicherheitspolitik aufzufordern.

Westliche Gesellschaften verändern sich

Gewiss müssen wir mit Blick auf den Wandel der weltweiten Korrelation der Kräfte beachten, dass sich auch die Gesellschaften in den westlichen Ländern im Laufe der vergangenen drei Jahrzehnte sehr stark verändert haben. Die pazifistischen Grundströmungen vor allem in Europa, die ausgeprägte Abneigung gegenüber dem professionellen, militärisch



Haben keinen Platz in einer ernsthaften Sicherheitspolitik!

Bild: SRG

insel Krim weisen uns einmal mehr darauf hin, dass weitreichende sicherheitspolitische Entscheidungen gelegentlich ohne fundierte Begründungen getroffen werden. Obamas Nachfolger im Amt des US-Präsidenten machte es mit Blick auf die Sicherheitspolitik gegenüber Russland nicht besser. Mit der Fortsetzung der Sanktionen gegenüber Russland erreichte

